



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 23. November 2012

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Haushaltsentwurf 2013 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2013.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Monika Heinold

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	529 02
Zweckbestimmung:	Repräsentationsmittel

Ansatz Ist 2011:	146.400 €
Ansatz Soll 2012:	252.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	230.000 €

Frage/Sachverhalt:

Wieso wurden angesichts der Minderausgaben 2011 die geplanten Ausgaben für 2013 nicht noch niedriger angesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Der genaue Bedarf für die Repräsentationsmittel des Ministerpräsidenten ist nur zu einem Teil kalkulierbar. Neben den zum Zeitpunkt der Haushaltsanmeldung bereits feststehenden – in der Regel wiederkehrenden – Maßnahmen (z. B. Neujahrsempfang, Kieler Woche), treten im Laufe eines Jahres Besuche ausländischer Delegationen, Auslandsreisen (ohne Reisekosten), Antrittsbesuche (z. B. des Bundespräsidenten) oder andere Ereignisse hinzu.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	13
Kapitel:	01
Titel:	535 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes

Ansatz Ist 2011:	716,0 T€
Ansatz Soll 2012:	945,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	975,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund wurde für 2013 ein nochmal höherer Betrag als für 2012 angesetzt, obwohl die IST-Ausgaben 2011 mit 717,0 T€ bereits deutlich unter dem damaligen Ansatz (896,0 T€ SOLL 2011) lagen?

Wie viele Personalstellen sind für 2013 beim Verfassungsschutz eingeplant?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es im Bereich des Verfassungsschutzes neben verlässlich kalkulierbaren Positionen auch eine Vielzahl von Positionen gibt, die nur anhand von Erfahrungswerten aus den zurückliegenden Jahren geplant werden können. Hierbei handelt sich um Mittel, die für teilweise kostenintensive operative Maßnahmen wie z. B. Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz einschließlich eventuell erforderlich werdender Dolmetscherkosten, langandauernde Observationen oder verstärkte Werbungsaktivitäten benötigt werden. Die tatsächliche Durchführung, Häufigkeit, Intensität und Dauer solcher Maßnahmen wird erst im Laufe des aktuellen Haushaltsjahres maßgeblich von den Aktivitäten der Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes bestimmt. Hier können bei der Haushaltsaufstellung daher nur Mittelwerte der Vergangenheit zu Grunde gelegt werden. Daher können sich am Ende eines Haushaltsjahres Minderausgaben ergeben. Die operative Einsatzfähigkeit des Verfassungsschutzes muss jedoch auch mit Blick auf die Zukunft zu jedem Zeitpunkt finanziell gewährleistet sein.

Dies vorangestellt, werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Hauptursächlich für das Unterschreiten der Planungsdaten des Haushaltsjahres 2011 war die immer wieder verzögerte Einführung des Digital-Funks sowie sich dann anschließende Verzögerungen bei der Anpassung von Geräten und Zubehörteilen für Sondereinsatzzwecke. Im Rahmen der Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung wurden diese Mittel in den zurückliegenden Jahren nicht verbraucht und mussten immer wieder in die Planungen für die Folgejahre erneut aufgenommen werden. In 2011 fiel zudem der Anteil erforderlich werdender kostenintensiver operativer Maßnahmen geringer aus. Nennenswerte Mittel für den Digital-Funk fließen bereits im laufenden HHJ ab. Im HHJ 2013 sind weitere notwendige Investitionen vorgesehen. Zusätzlich ergibt sich ein weiterer Mittelbedarf im Zusammenhang mit der Einrichtung des „Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechts“ mit Standort in Köln und Meckenheim.

Die Personalstellen für den Verfassungsschutz sind in dem Gesamtstellenplan des Einzelplanes 04 01 enthalten. Insofern gibt es keinen separaten Stellenplan für die Verfassungsschutzabteilung. Aktuell liegt die Stellenanzahl für die Verfassungsschutzabteilung bei ca. 100, diese wird sich auch für das Jahr 2013 nicht wesentlich verändern.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	55
Kapitel:	07
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Institutionelle Förderung von Migrantenorganisationen

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	240,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welcher Anteil der Mittel ist für die Förderung des Flüchtlingsrats vorgesehen? Auf welche weiteren MigrantInnenorganisationen verteilen sich die übrigen Mittel und nach welchem Schlüssel?

Antwort der Landesregierung:

Neben der institutionellen Förderung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. in Höhe von 120 T€ ist die Förderung der Integrationsarbeit der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. ebenfalls in Höhe von 120 T€ vorgesehen. Als überregionale Migrantenorganisation hat sie eine Mittler- und Brückenfunktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und Migrantinnen und Migranten. Die Erläuterungen des Titels 0407 - 684 01 MG 02 werden entsprechend angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	77
Kapitel:	10
Titel:	811 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von Wasserschutzpolizeibooten

Ansatz Ist 2011:	
Ansatz Soll 2012:	
Ansatz Soll HHE 2013:	

Frage/Sachverhalt:

Für welche konkreten Neuanschaffungen sind die Verpflichtungsermächtigungen für 2014 (6.684,0 T€) und 2015 (2.250,0 T€) gedacht?

Antwort der Landesregierung:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Ersatzbeschaffung des Küstenschiffes „Helgoland“ und für den Neubau des Streifenbootes „Adler“ vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	685 04
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Statistiken

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	343,8 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.119,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Die Ausgaben für Statistiken wurden laut EP 10, S. 11 vom Innenministerium ins Sozialministerium übertragen (Titel 10 01 685 04). Wieso werden hier Kosten für Statistiken ans Innenministerium erstattet?

Antwort der Landesregierung:

Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, die eindeutig einem Ressort zugeordnet werden können, werden nicht mehr ressortübergreifend im Epl. 04 veranschlagt, sondern sind in die jeweiligen Einzelpläne übertragen worden. Ab dem Haushaltsvollzug 2013 werden quartalsweise Zahlungen über das Innenministerium geleistet.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	22
Kapitel:	05
Titel:	525 02
Zweckbestimmung:	Fortbildung der MitarbeiterInnen einschl. Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	357.200 €
Ansatz Soll 2012:	350.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	628.700 €

Frage/Sachverhalt:

Weshalb werden für fast alle Ausgabenposten, die unter diesen Titel fallen, Erhöhungen eingeplant?

Antwort der Landesregierung:

Der Anstieg der Fortbildungskosten für 2013 ist in Höhe von rd. 234.000 € auf Kosten für das Projekt Zukunft Steuerverwaltung 2020 zurückzuführen. Weitere Kostensteigerungen für allgemeine Veranstaltungen, wie z.B. an der Bundesfinanzakademie und für das neue Konzept für Führungskräftenachwuchs, führen allein zu einer Erhöhung des Bedarfs von 30.000 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	22
Kapitel:	05
Titel:	526 02
Zweckbestimmung:	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen

Ansatz Ist 2011:	85.100 €
Ansatz Soll 2012:	108.900 €
Ansatz Soll HHE 2013:	268.500 €

Frage/Sachverhalt:

Wieso werden die Ausgaben hier erhöht, obwohl der Ist-Ansatz 2011 unter dem Soll Ansatz (108,9) blieb?

Antwort der Landesregierung:

Die Erhöhung ist bedingt durch

- die ab dem 01.10.2012 in Kraft getretenen DGUV Vorschrift 2, und zwar insbesondere wegen erheblich steigender Stundenzahlen für arbeitsmedizinische Betreuung (+ 49,7 T€)
- die Übertragung der Aufgaben für Arbeitssicherheit ab 2013 an Dritte (+ 58,9 T€)
- die Kosten aus dem Projekt Zukunft Steuerverwaltung 2020 (+ 42,0 T€)
- die Kosten für einen Gesundheitstag je Dienststelle (+ 9,0 T€).

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	107
Kapitel:	0943
Titel:	427 01
Zweckbestimmung:	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräften

Ansatz Ist 2011:	9,3 T€
Ansatz Soll 2012:	7,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	112,0 T€

Frage/Sachverhalt:

In welchen Bereichen ist geplant, die zusätzlichen Vertretungs- und Aushilfskräfte in der Landesbibliothek einzusetzen?

Antwort der Landesregierung:

Derzeit ist geplant, Aushilfskräfte schwerpunktmäßig in den Bereichen der retrospektiven Katalogisierung und Sacherschließung (Bibliografie) einzustellen, um die Bibliothek auf automatisierte Verfahren in der Ausleihe und Fernleihe umzustellen. Auf die Ausführungen in dem Bericht der Landesregierung über die Prüfung der Bedingungen für eine mögliche Integration der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in die Universitätsbibliothek Kiel (LT Drucksache 17/1424) wird hingewiesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	5
Kapitel:	01
Titel:	05101
Zweckbestimmung:	Vermögenssteuer

Ansatz Ist 2011:	-31.900 €
Ansatz Soll 2012:	0 €
Ansatz Soll HHE 2013:	0 €

Frage/Sachverhalt:

Wie kam das Minus von 31.900 € im IST 2011 zustande?

Antwort der Landesregierung:

Eine Rückzahlung von Vermögenssteuer kann aus der Beendigung eines Rechtsbehelfsverfahrens (auch hinsichtlich der Bemessungsgrundlagen - z.B. Bilanzansätze) resultieren, wenn die Rechtsfrage zugunsten des Steuerpflichtigen entschieden wird.

Das IST 2011 resultiert aus mehreren kleineren Fällen und einem größeren Fall, wobei es zum Teil zu kleineren Nachzahlungen und zum Teil zu Rückerstattungen von Vermögenssteuer incl. Zinsen kam.

Dem größeren Fall (Erstattung von ca. 23.000 € Vermögenssteuer zuzügl. ca. 19.000 € Zinsen) ging ein langwieriges Rechtsbehelfsverfahren voraus.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	21
Kapitel:	04
Titel:	11102
Zweckbestimmung:	Bürgerschaftsentgelte für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen...

Ansatz Ist 2011:	1.068.500 €
Ansatz Soll 2012:	650.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	350.000 €

Frage/Sachverhalt:

Warum werden für 2013 trotz deutlich höherer IST-Einnahmen 2011 weniger Einnahmen als noch für das SOLL 2012 angesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Das SOLL 2012 musste bereits im Dezember 2010 zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2011/2012 festgelegt werden.
Insbesondere im Bereich Schiffbau/Schifffahrt hat sich der Bestand an Landesbürgschaften zum Jahresende 2011 - z. T. durch vorzeitige Bürgschaftsrückgaben - erheblich reduziert. Neuobligos wurden im laufenden Haushaltsjahr bisher nicht eingegangen und zeichnen sich aus heutiger Sicht auch nicht ab.
Vor diesem Hintergrund wurde das Soll für die Bürgschaftsentgelte im HHE 2013 an die aktuelle Obligoentwicklung angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	22
Kapitel:	04
Titel:	87101
Zweckbestimmung:	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Ansatz Ist 2011:	2.491.400 €
Ansatz Soll 2012:	8.000.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	7.750.000 €

Frage/Sachverhalt:

Warum werden trotz der 2011 weitaus geringer als angesetzt ausgefallenen Ausgaben fast gleichbleibende Ausgaben angesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausgaben des Landes für Bürgschaftsausfälle werden sich in diesem Haushaltsjahr voraussichtlich auf ca. 5,5 Mio. € belaufen.
Für das nächste Jahr wird eine sich eintrübende Wirtschaftskonjunktur und ein Anstieg der Insolvenzen prognostiziert. Dies führt erfahrungsgemäß zu höheren Bürgschaftsausfällen. Darüber hinaus müssen im Bereich der Schifffahrt einzelne Bürgschaftsengagements auf Grund der bekannt schwierigen Situation in diesem Wirtschaftszweig als gefährdet angesehen werden. Da eine kurzfristige Erholung der betroffenen Schifffahrtsmärkte nicht zu erwarten ist, können Ausfallzahlungen in diesem Segment im nächsten Haushaltsjahr nicht ausgeschlossen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	31
Kapitel:	05
Titel:	631 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten an den Bund

Ansatz Ist 2011:	338.000 €
Ansatz Soll 2012:	194.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	1.000.000 €

Frage/Sachverhalt:

Wie sind die neu veranschlagten 761.000 Euro nach § 4 des VersLastG begründet?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Entwicklung der Haushaltjahre 2011 und der zum damaligen Zeitpunkt für das Haushaltsjahr 2012 vorliegenden Anforderungen wurde die Entwicklung des Haushaltsjahres 2013 wie oben abgebildet eingeschätzt.

Der starke Anstieg ist zu begründen mit dem Gesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag vom 15. Juli 2010.

Danach ist in § 4.1 zu Absatz 1 geregelt: „Mit der Zahlung einer einmaligen Abfindung ist die Beteiligung des abgebenden Dienstherren an den späteren Versorgungskosten abgeschlossen“.

Damit wird das bisherige System der laufenden Beteiligung des abgebenden Dienstherren nach § 107 b BeamtVG abgelöst.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	31
Kapitel:	05
Titel:	632 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Versorgungslasten an die Länder

Ansatz Ist 2011:	9.034.700 €
Ansatz Soll 2012:	20.976.700 €
Ansatz Soll HHE 2013:	10.000.000 €

Frage/Sachverhalt:

Welchen Grund hat die Reduzierung der Ausgaben um ca. 10 Mio. Euro? Auf welche Weise und aus welchem Grund wurden die Einzelposten dieses Titels neu gegliedert?

Antwort der Landesregierung:

Vor In-Krafttreten des Gesetzes zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag vom 15. Juli 2010 wurde die voraussichtliche Ausgabe mangels belastbarer Zahlen zu hoch eingeschätzt.

Nach Vorlage des Jahresergebnisses 2011 und der Entwicklung des Haushaltsjahres 2012 – Stand September 2012 – wurden die Ansätze für die Folgejahre der Entwicklung angepasst.

Die Art und Weise der Gliederung der Einzelposten stellt die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Bereiche dar. Ehemals Punkt 6: „die Regelungen bei Abordnungen zu einem anderen Dienstherrn“ wurden in den Punkt 5 „und anderen gesetzlichen Bestimmungen“ mit aufgenommen, da diese Forderungen nur noch vereinzelt erhoben werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	31
Kapitel:	05
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Versorgungslasten an Kreise und Gemeinden

Ansatz Ist 2011:	278.300 €
Ansatz Soll 2012:	296.900 €
Ansatz Soll HHE 2013:	2.500.000 €

Frage/Sachverhalt:

Was ist der Grund für den Anstieg der Ausgaben? Auf welche Weise und aus welchem Grund wurden die Einzelposten dieses Titels neu gegliedert?

Antwort der Landesregierung:

Der starke Anstieg ist zu begründen mit dem Gesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag vom 15. Juli 2010.

Danach ist in § 4.1 zu Absatz 1 geregelt: „Mit der Zahlung einer einmaligen Abfindung ist die Beteiligung des abgebenden Dienstherren an den späteren Versorgungskosten abgeschlossen“.

Damit wird das bisherige System der laufenden Beteiligung des abgebenden Dienstherren nach § 107 b BeamtVG abgelöst.

Die Art und Weise der Gliederung der Einzelposten stellt die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Bereiche dar. Ehemals Punkt 3: „für Erstattungen im Umweltbereich“ wurden in den Punkt 2 „234 (2) LBG und anderen gesetzlichen Bestimmungen“ mit aufgenommen, da diese Forderungen nur noch vereinzelt erhoben werden. Hierfür wurde der Punkt 3 „§ 4 Versorgungslastenteilungsgesetz“ mit aufgenommen, da hier eine Ausgabensteigerung erfolgt ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	32
Kapitel:	05
Titel:	671 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten an sonstige Bereiche

Ansatz Ist 2011:	2.345.900 €
Ansatz Soll 2012:	3.196.800 €
Ansatz Soll HHE 2013:	3.000.000 €

Frage/Sachverhalt:

Wieso wurden die Unterschiede zwischen dem IST 2011 und dem SOLL 2012 nicht noch stärker bei der Reduzierung des SOLL 2013 berücksichtigt?

Antwort der Landesregierung:

Nach Vorlage des Jahresergebnisses 2011 und der Entwicklung des Haushaltsjahres 2012 – Stand September 2012 – wurden die Ansätze für die Folgejahre der Entwicklung angepasst.

Aufgrund der Entwicklung im Haushaltsjahr 2012 ist eine noch stärkere Reduzierung des SOLLs für 2013 nicht möglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	8
Kapitel:	03
Titel:	519 03
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Landesvertretung in Berlin

Ansatz Ist 2011:	9.200 €
Ansatz Soll 2012:	120.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	30.000 €

Frage/Sachverhalt:

Welchen Grund hat die hohe Differenz der IST-Ausgaben in 2011 gegenüber dem Ansatz 2012?

Antwort der Landesregierung:

Verschiebung nicht realisierter Maßnahmen der gemeinsam mit dem Land Niedersachsen bewirtschafteten Landesvertretung in das Haushaltsjahr 2012.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	68
Kapitel:	21
Titel:	711 01
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz Ist 2011:	0 €
Ansatz Soll 2012:	21.200 €
Ansatz Soll HHE 2013:	3.321.200 €

Frage/Sachverhalt:

Auf welche konkreten Maßnahmen ist der Anstieg in diesem Titel zurückzuführen? Auf welche konkreten geplanten Maßnahmen sind die Verpflichtungsermächtigungen zurückzuführen?

Antwort der Landesregierung:

Die HHM waren bisher in den Kap. 1201 bis 1210 für die ZGB-Liegenschaften veranschlagt. Mit der Aufstellung des Haushaltes und der Neuregelung des Abschnitts D des HBBau wurden diese in das Kap. 1221 übertragen. Hierbei handelt es sich um kleine Baumaßnahmen gem. Vorwort zum Epl. 12 bis zu einer Höhe von 500 T€ pro Einzelmaßnahme.

Die Maßnahmen resultieren aus dem Jahresbauprogramm der GMSH, welches mit dem Nutzer und dem Ressort abgestimmt wird.

Da es sich um mehrjährige Baumaßnahmen handelt, müssen von der GMSH vertragliche Verpflichtungen für Folgejahre eingegangen werden. Dies ist nur durch Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen möglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	8
Kapitel:	02
Titel:	533 56
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2011:	49.268.000 €
Ansatz Soll 2012:	45.240.100 €
Ansatz Soll HHE 2013:	49.953.000 €

Frage/Sachverhalt:

Für welche Aufgaben sind konkret Werkverträge geplant?
Wie setzen sich diese Mittel zusammen (bitte aufschlüsseln)?
Sind die AuftragnehmerInnen schon bekannt?
Wie erklären sich die hohen IST-Ausgaben 2011 und der hohe Ansatz für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausgaben sind für Verträge mit Dataport eingeplant. In der Regel handelt es sich um Dienstleistungsverträge.

Die Ansatzmittel werden überwiegend zum Betrieb der Großrechnerverfahren in den Rechenzentren in Altenholz und Hamburg, für Unterstützungsleistungen beim Support und der Administration der Systeme durch Dataport in den Ressorts sowie zur Pflege der eingesetzten Software verwendet.

Die Verträge werden mit Dataport geschlossen.

Der Bedarf an Unterstützungsleistungen von Dataport als zentraler IT-Dienstleister des Landes Schleswig-Holstein steigt seit Jahren stetig an. Die Ist-Entwicklung in 2012 bestätigt diesen Trend [Saldo Gesamt am 21.11.2012 = 47.370.894,53 €]. Der Titelansatz 2013 wurde entsprechend veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	9
Kapitel:	02
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Telefongebühren

Ansatz Ist 2011:	1.457,9 T
Ansatz Soll 2012:	1.300 T
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500 T

Frage/Sachverhalt:

Worauf ist der Anstieg der Gebühren zurückzuführen?
Gibt es mehr Anlagen oder sind die Gebühren für die bestehenden Anlagen angestiegen?

Antwort der Landesregierung:

In der Haushaltsplanaufstellung zum Doppelhaushalt 2011/2012 wurden die Ansätze der MG 02 (Sprachnetz) im Haushaltsplan zu niedrig veranschlagt. Die Fehlbeträge wurden im Vollzug der Jahre 2011 und 2012 durch Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten im IT-Budget erwirtschaftet. Der Ansatz wird im Haushaltsplan 2013 an die Ist-Entwicklung angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	9
Kapitel:	02
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten für Fernsprecheinrichtungen

Ansatz Ist 2011:	13.421.900 €
Ansatz Soll 2012:	11.000.000 €
Ansatz Soll HHE 2013:	13.465.000 €

Frage/Sachverhalt:

Worauf ist der Anstieg der Mieten zurückzuführen? Werden mehr Einrichtungen gemietet, oder hat sich die Miete pro geliehene Fernsprechanlage erhöht?

Antwort der Landesregierung:

In der Haushaltsplanaufstellung zum Doppelhaushalt 2011/2012 wurden die Ansätze der MG 02 (Sprachnetz) im Haushaltsplan zu niedrig veranschlagt. Die Fehlbeträge wurden im Vollzug der Jahre 2011 und 2012 durch Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten im IT-Budget erwirtschaftet. Der Ansatz wird im Haushaltsplan 2013 an die Ist-Entwicklung angepasst.